

2860/J XXIII. GP

Eingelangt am 17.12.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Johann Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

betreffend „Arbeitssucht (Workaholics)“

Es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr Möglichkeiten in Abhängigkeiten zu geraten, so auch durch die Arbeit „Arbeitssucht“.

Nach den Berichten in medizinischen Fachzeitschriften wird generell das Spektrum der Abhängigkeitserkrankungen immer größer: Neben einem breiteren polytoxikomanen Gebrauch illegaler Substanzen nehmen nicht substanzgebundene Abhängigkeiten wie auch die „Arbeitssucht“ zu: 15 % aller ArbeitnehmerInnen sind gefährdet. Workaholics arbeiten, arbeiten und arbeiten. Es gibt keine Hobbys, es erfolgt ein sozialer Rückzug, Beziehungen gehen in die Brüche. Hochrisikogruppen sind beispielsweise Personen im Topmanagement und im Sozialbereich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

Anfrage:

1. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Menschen in Österreich „arbeitsüchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
2. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele junge Menschen in Österreich „arbeitsüchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?

3. Wie wird seitens Ihres Ressorts „Arbeitssucht“ definiert?
4. Sind Ihnen Zahlen und Fakten über den Zusammenhang von Arbeitssucht & strafrechtlichen Delikten (die in diesem Zusammenhang begangen wurden) bekannt (Aufschlüsselung Männer / Frauen)?
5. Sind Ihnen Zahlen und Fakten über den Zusammenhang von Arbeitssucht & Alkohol- bzw. Medikamentenabhängigkeit bekannt (Aufschlüsselung Männer / Frauen)?
6. Wird „Arbeitssucht“ in Österreich als Krankheit anerkannt und eine Behandlung bzw. Gruppentherapie durch Krankenkassen bezahlt?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, unter welchen Bedingungen?
7. Sehen Sie als Verpflichtung der gesetzlichen Sozialversicherungsträger an, die Kosten für eine entsprechende Therapie zu übernehmen?
Wenn nein, warum nicht?
8. Welche Haltung nimmt die WHO zu dieser Sucht ein?
Welche Haltung nimmt dazu die EU-Kommission ein?
9. In welchen Krankenanstalten sind entsprechende Abteilungen oder Ambulanzen eingerichtet (Aufschlüsselung nach Bundesländern)?
10. Wie hoch liegt der Erfolg bei einer ambulanten oder stationären Therapie?
11. Wo gibt es stationäre Therapiestellen?
Wie viele Therapieplätze gibt es (Jeweils Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
12. Wie viele Gruppen und/oder Selbsthilfeeinrichtungen bzw. Ambulanzen (öffentliche Suchtberatungsstellen) zur Bekämpfung der „Arbeitssucht“ gibt es in Österreich (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
13. Wie viele und welche Gruppen und/oder Selbsthilfeeinrichtungen zur Bekämpfung der „Arbeitssucht“ wurden von Ihrem Ressort seit 2000 unterstützt (Aufschlüsselung auf

Jahre und Bundesländer)?

Wenn nein, werden Sie in Zukunft Info- und Beratungsdienste von diesbezüglichen Selbsthilfegruppen ideell und finanziell unterstützen?

14. Welche Geldmittel (Förderungen) stehen diesen Gruppen bzw. Selbsthilfeeinrichtungen 2008 als öffentliche Förderungen ihres Bundesministeriums zur Verfügung?
15. Wer ist in Österreich für die Beratung und Betreuung dieser Sucht zuständig (z.B. Sozialmedizinische Dienste)?
16. Welche Organisationseinheit ist in Ihrem Ministerium für die Bekämpfung dieser Sucht zuständig?
17. Welche Möglichkeiten ergeben sich zur Behandlung von Arbeitssüchtigen für niedergelassene Ärzte oder entsprechend ausgebildete Fachärzte oder Psychotherapeuten nach dem Gesundheitsreformgesetz?
18. Welche Maßnahmen hat das Ressort aus gesundheitspolitischen Gründen 2008 zur Bekämpfung der „Arbeitssucht“ geplant?
Welche Maßnahmen wurden bzw. werden 2007 durchgeführt?
19. Halten Sie zur Bekämpfung der Arbeitssucht weitere Maßnahmen - eventuell gemeinsam mit anderen Ressorts (z.B. BMWA) - für notwendig?
20. In welcher Form soll aus Sicht des Ressorts die Öffentlichkeit auf die Problematik dieser Suchterkrankung aufmerksam gemacht werden?